



## Diskretion für Pädobär

**Odenwaldschule** Eine Schülerin warnte früh vor einem pädophilen Lehrer – doch die Aufsichtsbehörden erfuhren davon ein Jahr lang nichts.

Der Brief, der die Existenz der Odenwaldschule gefährden könnte, landete vorige Woche in den Chefbüros aller Landesjugendämter der Republik. Von „weiteren Hinweisen über mögliche Grenzverletzungen“ ist darin die Rede, von „Auflagen zur Betriebserlaubnis“ und davon, dass die „Tragfähigkeit des an der Schule umgesetzten Betreuungskonzepts“ überprüft werden müsse.

Absender des Briefs: das Sozialministerium des Landes Hessen. Die deutliche Botschaft: Die Jugendämter müssten sich fragen, ob sie es noch verantworten können, weiterhin Kinder auf die Odenwaldschule zu schicken – auf jenes Internat, das von immer neuen Pädophilie-Vorwürfen erschüttert wird. Die aktuellen Informationen, so das Ministerium, könnten „bei Unterbringungsentscheidungen von Relevanz“ sein. Mit anderen Worten: Die Ämter könnten die Kinder künftig lieber woanders als im Odenwald unterbringen.

Für das einstige Vorzeige-Internat, das auch Kinder von Reichen und Prominenten besuchten, hängt daran womöglich die Existenz. Spätestens seit 2010 bekannt wur-

de, dass eine dreistellige Anzahl von Schülern über Jahrzehnte von einem Kartell pädophiler Lehrer systematisch missbraucht worden war, kämpft die Schule ums Überleben: Von 250 Schulplätzen für die Klassen 5 bis 13 sind nach Angaben der Aufsichtsbehörden im südhessischen Landkreis Bergstraße nur 197 belegt, davon lediglich 140 mit Internatsschülern.

Kinder aus Familien, die den Monatssatz von fast 2700 Euro für einen Internatsplatz zahlen, sind rar geworden. Ein Drittel der Schüler, so die Behörde, seien „Jugendamtskinder“, die aus Heimen oder zerrütteten Familien stammen und auf Staatskosten untergebracht werden. Sie beschenken der Schule weit über zwei Millionen Euro pro Jahr, mehr als ein Drittel der regelmäßigen Einnahmen. Denn die Jugendämter zahlen oft sogar über 4000 Euro pro Monat und Internatskind, unter anderem wegen des höheren Betreuungsbedarfs. „Ohne dieses Geld“, so ein Insider aus der Schule, „wären wir bald pleite.“

Das Szenario ist für die Odenwaldschule gefährlich nahe gerückt. Das Jugendamt des Kreises Bergstraße, in dem die Schule liegt, schickt schon seit 2010 keine Kinder mehr in das Internat. „Und wir können das anderen Jugendhilfeträgern im Moment auch nicht empfehlen“, sagt Matthias Schimpf, der Vizelandrat. Die Heimaufsicht des Kreises bemängelt vor allem das „Familienprinzip“ des Internats. Die Lehrer wohnen als „Familienhäupter“ mit kleinen Schülergruppen in verstreuten Häusern unter einem Dach. Dieser enge, kaum zu kontrollierende Kontakt lade pädophil veranlagte Pädagogen geradezu ein, warnen Missbrauchsexperten.

Entsetzt zeigen sich die Behörden auch über das Krisenmanagement der Schule.

Spätestens seit Mai 2013, das geht aus internen Unterlagen hervor, wusste die Schulleitung von Pädophilie-Vorwürfen gegen einen inzwischen entlassenen Mathematiklehrer. Eine Schülerin hatte geschildert, wie dieser Lehrer sich auf einer Klassenfahrt im Zelt zwischen Schüler gelegt und sich auch sonst auffällig verhalten habe.

Der Fall wurde nicht, wie vorgeschrieben, den Aufsichtsbehörden gemeldet. Stattdessen bekam die Schülerin sogar Ärger. Als sie sich wenige Tage später mit einer Lehrerin zum Tennis verabreden wollte, habe diese zu ihr gesagt: „Ich spiele nicht mit Schülern, die Lehrer mobben.“ So steht es in einem internen Bericht, den die Präventionsbeauftragte der Schule kürzlich den Behörden übergab.

Dieselbe Lehrerin soll nach den Recherchen der Präventionsbeauftragten zugelassen haben, dass jener Mathe-Lehrer – an der Schule als „Pädobär“ bekannt – einen damals zwölfjährigen Jungen in dessen Zimmer besucht und mit ihm „gemeinsam im Wald übernachtet“ habe. All dies, schimpft ein Verantwortlicher der Kreisverwaltung, „hätten wir nie erfahren, wenn die Staatsanwaltschaft nicht im April einen Tipp bekommen und die Räume des Lehrers auf Kinderpornografie durchsucht hätte“. Der Lehrer hat den Besitz des Materials inzwischen zugegeben.

Die Schule hatte lange versucht, den Fall geheim zu halten. Eine Abmahnung der Lehrerin, die die Schülerin zurückgewiesen hatte, zog der im Sommer 2013 eingesetzte neue Schulleiter Siegfried Däschler-Seiler wieder zurück – aus formalen Gründen, wie er anführte, und „um Schaden von der Odenwaldschule abzuwenden“. Laut einem als „vertraulich“ gekennzeichneten Sitzungsprotokoll protestierte die Präventionsbeauftragte gegen die Entscheidung, denn diese „könne dazu führen, dass SchülerInnen künftig nichts mehr sagen“. Doch es blieb dabei: Die Lehrerin wurde nicht abgemahnt.

Nachdem der Vorgang jetzt in die Akten des Ministeriums gelangt ist, geht in der Schule die Angst um. Vorige Woche kündigte die für den Internatsbetrieb zuständige Koleiterin der Schule überraschend an, man wolle das umstrittene Familienprinzip abschaffen. Ob sie sich damit durchsetzen kann, ist allerdings unklar.

Wenige Tage zuvor hatte eine Sprecherin des mächtigen Elternbeirats die Familienstruktur noch verteidigt. Eine „große Mehrheit“ der Eltern habe sich für den Erhalt der alten Struktur ausgesprochen, so die Beiratsvorsitzende Kerstin Fuhrmann.

Und die Internatsleiterin, heißt es im Umfeld der Schule, werde wohl auch nicht mehr lange da sein. Angeblich schickte sie bereits eine Kopie ihrer Kündigung an die Aufsichtsbehörde des Kreises.

Matthias Bartsch